Buchempfehlungen vom Buchhaus Bünger



Fidel Castro. Eine Chronik
Verlag Neues Leben, 12,90€

Diese Buch ist für Leser, die sich schnell, umfassend und auf dem neuesten Stand über die Figur des kubanischen Revolutionsführers informieren wollen. Für jeden, der das Überleben Kubas nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems verstehen will.



Wolfgang/Paul Schreyer,
Die Legende
Das Neue Berlin, 14,90€

„Der 11. September – kein Thema für Romane? Unsinn: Die beweisen das Gegenteil. Der junge Schreyer kümmert sich um die Fakten, der alte Profi erledigt inzwischen die Felder Emotion, Perspektive und gelassene Sprache. Herausgekommen ist ein Thriller, der mit jeder Großverlag-Produktion locker mithalten kann – und die meisten übertrifft."



Herlt, Günter Herlt
Ossis fallen immer auf
Eulenspiegel Verlag, 7,90€
Ossis fallen immer auf, meint Günter Herlt. Seine Geschichten über das Rentner-Trio Anna, Adalbert und Anton erzählen, warum das so ist. Als sie durch eine Erbschaft einigermaßen vermögend werden, ziehen sie ganz nach dem Motto „Was kostet die Welt?" los und sorgen in Urlaubsorten und Kurkliniken für frischen Wind und im Seniorenheim schließlich für einen Skandal. (Auszug aus dem Klappentext)



Rudolf Hickel
Kassensturz
Rowohlt Verlag, 16,90€

Rudolf Hickel, renommierter Wirtschafts- und Finanzwissenschaftler an der Universität Bremen hat mit seinem kleinen Büchlein eine Streitschrift gegen die herrschende ökonomische Orthodoxie des Neoliberalismus vorgelegt.

Termine

07. 09. 2006, 19.30 Uhr
Fraktionssitzung, DIE LINKE.PDS
Neuenhagen

11. 09. 2006, 18.30 Uhr
Sitzung des Ortsvorstandes in der
„Süßen Ecke"

14.09. 2006, 18.00 Uhr
Gemeindevertretertagung
Neuenhagen
Max-Thormann-Saal, Rathaus

18. 09. 2006, 18.30 Uhr
Gespräch mit den Genossen, die in den Arbeitsgruppen der agenda Neuenhagen tätig sind.
Parkettsaal Rathaus

02. 10. 2006, 19.00 Uhr
Mitgliederversammlung
der Ortsorganisation
Parkettsaal Rathaus

Im Gespräch
kann jetzt auch unter
http://www.pds-neuenhagen.de/info.htm
als PDF-Datei herunter geladen werden!

50 Jahre KPD-Verbot – ein beschämendes Jubiläum deutscher Geschichte
Am 17. August 2006 jährte sich zum fünfzigsten Mal das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Dazu erklärte Jan Korte, Bundestagsabgeordneter und Parteivorstandsmitglied der Linkspartei.PDS:
„Es ist beschämend, dass 16 Jahre nach dem offiziellen Ende des Kalten Krieges, dieses Relikt der Systemauseinandersetzung noch immer nicht aufgehoben ist. Es ist ein Skandal, dass ehemalige Nazirichter in den 50er Jahren in Amt und Würden kamen, um erneut – wie in der Zeit vor 1945 – über Kommunisten zu richten. Umso unfassbarer ist es, dass solche Urteile noch immer Bestand haben. Denn mit dem Verbot der KPD wurden erneut Kommunisten, Sympathisanten, Antifaschisten und Widerstandskämpfern politischer Verfolgung ausgesetzt, mit Berufsverboten belegt oder eingesperrt.
Gerade dieses Verbot steht symbolisch für den schizophrenen und besonderen deutschen Umgang mit der Ideologie des Kommunismus in Westeuropa. Antikommunismus wurde und wird als Kitt einer bundesdeutschen Gesellschaft reproduziert, um politische Verfolgung und Repression zu rechtfertigen.
Deshalb setzt sich die Linkspartei.PDS und die Linksfraktion im Bundestag nicht nur für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges ein. Wir wollen erreichen, dass das Bundesentschädigungsgesetz geändert wird, um Menschen zu helfen, die im Zuge der Kommunistenverfolgung der BRD ihre Renten- und Wiedergutmachungsansprüche als Opfer des NS-Terrors verloren haben. Einige leben noch, es ist also noch Zeit für Gerechtigkeit.



Impressum
Herausgeber: *DIE LINKE.PDS* - Ortsorganisation Neuenhagen bei Berlin
Zuschriften bitte an:
Hartwig Wolff, Jahnstr. 58A, 15366 Neuenhagen.
Die Redaktion behält sich das Recht vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinnwahrend zu bearbeiten. Zuschriften müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.
Der Druck des „Informationsblattes" wird durch Spenden finanziert.

EuropäischeLINKE

Im Gespräch

DIE LINKE.PDS
Informationsblatt des Ortsvorstandes Neuenhagen bei Berlin
9/2006

Auf ein Wort...

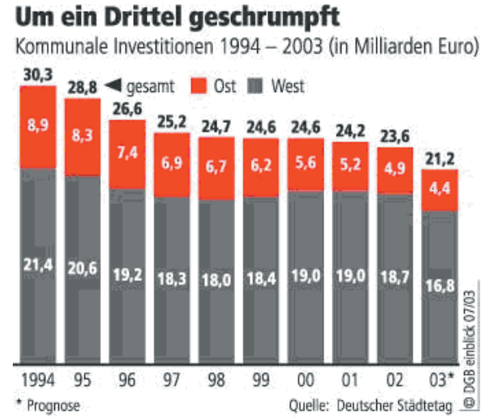
von Elke Richter

Der Entwurf des Investitionsprogramms

...2007 für die Gemeinde Neuenhagen wurde in erster Runde, d.h. ohne Beschlussfassung, in den August-Sitzungen der Ausschüsse der Gemeindevertretung diskutiert. Sozusagen in zweiter Lesung soll es dann im Oktober/November dieses Jahres zusammen mit dem Haushaltsplan 2007 behandelt und beschlossen werden. Im Entwurf sind 2007 - 2010 folgende wesentliche Investitionen geplant:

(in Mio €)	2007	2008	2009	2010
Haus II Rathaus	0,25	1,6	0,9	
Feuerwehr/ Rettungswache	2,424	0,375		
Neubau Kita, Berliner Str.	0,98	1,07		
Straßenbau	2,03	1,869	1,821	1,56

Es sollen somit vor allem Straßen gebaut werden, so dass 2010 außer 3 Vorhaben (die Radwege der verlängerten Eisenbahnstr. und auf dem Anschlussgleis, Hermann-Löns-Str.) alle zum Ausbau beschlossenen abgearbeitet sind. Zu prüfen ist, ob es nun gerade die Radwege sein müssen, die noch nicht enthalten sind, oder ob nicht zumindest der Radweg zwischen Eisenbahnstr. und St.-Georgs-Weg aufgenommen werden sollte sowie die Anbindung des jetzt gebauten Radweges von Schöneiche an die Goethestraße und somit an den Bahnhof Neuenhagen.
Nicht einmal mit Planungsmitteln ist bisher der Bau einer neuen Sporthalle für die Goethe-Grundschule eingestellt – auch das ist sicher in Frage zu stellen und mit Vorliegen der Sportkonzeption im Herbst zu konkretisieren.
Andere noch offene Positionen aus Sicht der Fraktion betreffen das Freibad, die Bibliothek, die Entwicklung des Ortszentrums und des Bollensdorfer Zentrums.



Denkpause oder Sommerloch?

Vom Vereinigungsprozess erfuhren wir in den letzten Wochen ziemlich wenig. Man konnte befriedigt zur Kenntnis nehmen, dass er in Bremen und anscheinend auch im Saarland gut voran geht. – Erfreulich, aber nicht sehr umfassend!
Doch es handelte sich offenbar um eine Denkpause, in der wichtige inhaltliche Klärungen verliefen. Ein bedeutendes Resultat war jedenfalls die Konstituierung der „Sozialistischen Linken" als Strömung, deren Gründungstext das „ND" am 25. August d. J. dokumentierte.
Hier verbinden sich hohe Ansprüche mit manchmal fulminanten Formulierungen, z. B.:
„Die neue linke Partei wird die historische Spaltung der ArbeiterInnenbewegung in die beiden Hauptströmungen Sozialdemokraten und Kommunisten in sich überwinden. Zudem werden andere SozialistInnen, linke Grüne, linke Christen, Mitglieder und Aktive unterschiedlicher sozialer Bewegungen und Gewerkschaften die neue Partei bilden."
Auch wer sich nicht als Sozialist versteht, kann zu ihr gehören (sicher u.a. deshalb, weil das ja noch kommen kann!).
Da inhaltliche Details des Dokuments hier nicht vermittelt werden können muss die Feststellung genügen, dass in ihm alle wesentlichen Zielstellungen unseres Hallenser Parteitags nicht nur enthalten, sondern auch „verarbeitet" sind. Der letzte Parteitag brachte uns eine stärkere und gezielte Orientierung auf die grundlegenden sozialen und wirtschaftlichen Fragen im Zusammenhang mit den sich anbahnenden sozialen Auseinandersetzungen.. Hier wäre z. B. die entschiedene Verteidigung des öffentlichen Eigentums und dessen Verbindung mit der Daseinsvorsorge der Bürger zu nennen. Es scheint, dass der inhaltliche Gleichklang zunimmt.
Das ist wichtig, denn zu all diesen Sachgebieten gibt es Fragen, Probleme und Bedenken, die ja auch vor der „Sommerpause" ausführlich geäußert wurden. Sie müssen ernst genommen werden. Ein wichtiges Kennzeichen der Linkspartei sind z. B. ihre großen Erfahrungen und beträchtlichen Erfolge in der Kommunalpolitik, die es unbedingt zu erhalten und zu mehren gilt. Aus komplizierten Problemen erwachsen nicht selten auch unterschiedliche Interessenlagen, die man ausbalancieren muss. So ist das nun mal unter Menschen!
Es geht deshalb nicht so sehr um Subordination, sondern viel mehr um Koordinierung, die aus gemeinsamen Zielen erwächst. Ist ein Hinweis aus gar nicht so ferner Vergangenheit gefällig? Michael Schumann führte schon Ende 1989 aus, dass Marxismus und Arbeiterbewegung vor allem allgemeinmenschliche Werte und Ideale repräsentieren.
„Aus dieser Position resultiert die Erkenntnis der Notwendigkeit und Möglichkeit, diese Politik als Lebensform des denkbar breitesten Bündnisses aller Kräfte des Volkes zu entwickeln, niemanden auszugrenzen und immer den demokratischen Konsens und Kompromiss zur Verwirklichung der Interessen und Ansprüche der Menschen anzustreben."
Wir täten gut daran, uns gerade im Vereinigungsprozess auf diesen Grundsatz der Einheit von Kompromiss, Konsens und Koordinierung zu besinnen.
Prof. Dr. Hans-Joachim Braun

Die SPD auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm:

„Kraft der Erneuerung. Soziale Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert“,

Anmerkungen zu den Leitsätzen von Klaus Biedka

Mit im April 2006 vom Parteivorstand veröffentlichten Leitsätzen (www.programmdebatte.spd.de) tritt die SPD in eine Dialogphase, an deren Ende im Herbst 2007 ein Bundesparteitag das neue Grundsatzprogramm beschließen soll. Hier einige Anmerkungen zu den wesentlichen Abschnitten (Zitate in „“ gesetzt).

Abschnitt I begründet, warum und mit welchen Schwerpunkten ein neues Grundsatzprogramm nötig ist. Dabei geht es auch darum, „…die Demokratie gegenüber wirtschaftlichen Einzelinteressen zu stärken“ und „…Wir setzen auf ein neues Leitbild des vorsorgenden Sozialstaats…“.

Abschnitt II erläutert die Grundwerte der Sozialen Demokratie: „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ..“ Freiheit wird als Recht auf Selbstbestimmung formuliert, aus dem auch Verantwortung resultiert, Gerechtigkeit als gleiche Teilhabe an Chancen und Gütern, und Solidarität als das über die Pflichten hinausgehende Einstehen für Andere. Bemerkenswert ist, daß die Formulierungen der Leitsätze dazu jeweils Abstriche enthalten. Die zugrundeliegende Losung der Französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ wird damit verwässert. Andererseits sind Wunschvorstellungen unverkennbar, wie z.B. bei dem Ziel Solidarität hinweg über alle Interessengruppen. Zu begrüßen dagegen ist „…dass in einer Marktwirtschaft stets auch Lebensbereiche und öffentliche Güter existieren müssen, die der Logik des Marktes entzogen und bedarfsorientiert ausgerichtet sein sollten“.

Abschnitt III nennt sieben Ziele der Sozialen Demokratie: Eine friedliche Weltordnung, eine faire Globalisierung, Wohlstand und Beschäftigung, Generationensolidarität in einer kinderfreundlichen Gesellschaft, die soziale Teilhabe aller, einen nachhaltigen Fortschritt, sowie Sicherheit und Orientierung im Wandel. Hier wird eine realistische Ist-Beschreibung gegeben, die Ziele selbst, etwa die faire Globalisierung lassen Fragen offen: z.B. wieviele der weltweit agierenden Konzerne werden sich in einen neuen Ordnungsrahmen für eine Globale Soziale Marktwirtschaft fügen?

Im Abschnitt IV wird die Notwendigkeit einer neue sozialen Übereinkunft beschrieben. „Eine Gesellschaft der Freien und der Gleichen braucht eine Verständigung darüber, wie sie unterschiedliche Interessen zwischen gesellschaftlichen Gruppen, Generationen und Geschlechtern in Einklang bringt. Die dauerhafte Spaltung unserer Gesellschaft in Gewinner und Verlierer schadete allen gemeinsam und würde schließlich auch die vermeintlichen Gewinner in Verlierer verwandeln…“. Unklar bleibt, ob und wie auch die Wirtschaft einbezogen wird, deren Wettbewerbs- und Gewinnorientierung ja gerade die o.g. Spaltung hervorruft. Es soll davon ausgegangen werden, daß, wenn „…die globalen Märkte den Wohlstand nachhaltig vergrößern und mehr Beschäftigung ermöglichen (sollen), dann müssen sie … im Interesse des Gemeinwohls fair ausgestaltet werden“. Es sind aber nicht die Märkte, sondern das auf diesen agierende Kapitalinteressen, die anzusprechen wären. „Offene Finanz- und Kapitalmärkte können nur dann von Nutzen für die Wirtschaft und das Gemeinwohl sein, wenn sie reguliert und zur Transparenz verpflichtet werden.“ Heute, wo diese Märkte den Staat treiben, ist es nicht vorstellbar, daß sie sich von diesem regulieren lassen - es sei denn, bei Strafe ihres Untergangs. Das entworfene Leitbild des vorsorgenden Staates ist zu unterstützen. Allerdings ist die Voraussetzung, „…Die Menschen sollen in der Lage sein, über weite Strecken ihres Lebens eine Erwerbsarbeit auszuüben“, für die Zukunft immer schwerer vorstellbar, ohne daß der Begriff Arbeit im gesellschaftlichen Sinne neu gefaßt wird.

Zusammenfassend kann angemerkt werden: Die Leitsätze beschreiben viele Probleme richtig und formulieren verständige Ziele. Die dazu beschriebenen Wege lassen aber eine tiefergehende gesellschaftliche Analyse vermissen. „Die alte soziale Frage war bestimmt vom Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Dieser Konflikt ist nicht gelöst, aber längst haben sich brisante neue soziale Fragen in den Vordergrund geschoben“. Weil die SPD in ihren Leitsätzen nur auf diese Fragen eingeht, ohne eine Lösung des Grundkonfliktes ins Auge zu fassen, würde das neue Grundsatzprogramm letztlich nur die Fassade der Gesellschaft verändern wollen – ohne Berücksichtigung der Bausubstanz ein fragwürdiges Unterfangen..

Informationen aus dem Ortsvorstand

Zunächst ein herzliches Dankeschön allen, die auf vielfältige Weise mitgeholfen haben, unseren „Sommerwind 06“ zu einem guten Erfolg hat werden lassen.

Besonderer Dank gilt den Spendern für die Tombola und der „Arche“ für die Möglichkeit, dort das Sommerfest durchführen zu können.

Auf seiner jüngsten Beratung befasste sich der Ortsvorstand in Auswertung eines Arbeitsgesprächs mit der Fraktionsvorsitzenden, Genossin Dr. Larisa Schippel, ausführlich mit der Vorbereitung der Mitgliederversammlung am 02. Oktober 06 zu Fragen der Kommunalpolitik.

Dazu wurde u.a. festgelegt, nach einer Beratung des „Rates der Alten“ (nach Redaktionsschluss), am 18. September 06, jene Mitglieder und Sympathisanten, die in den Arbeitsgruppen Agenda 21 - Neuenhagen wirken, zu einem Gedankenaustausch, im Beisein der Abgeordneten Dr. Angela Schlutow, einzuladen.

Des weiterem findet im September ein Treffen mit Genossinnen und Genossen statt, die in Vereinen und Verbänden wirken. Dazu erfolgen gesonderte Einladungen.

Der Ortsvorstand wird sich in den folgenden Monaten neben der Bildungsarbeit und der Auswertung der Delegiertenkonferenzen auf Kreis- und Landesebene, in Abstimmung mit der Fraktion, mit Personalfragen in Vorbereitung auf die Wahlversammlung der Ortsorganisation und die Kommunalwahlen 2008 beschäftigen.

Einladung

Die nächste Mitgliederversammlung der Ortsorganisation findet am

02. Oktober 2006, 19.00 Uhr

im Parkettsaal, Rathaus statt.

Thema:

Die Bilanz des Wahlprogrammes und die daraus abzuleitenden nächsten Aufgaben...

Gedanken zur „Bildung“

von Hans Scharf

Im Wort steckt, dass Bildung etwas mit bilden zu tun hat, landläufig wird damit die Aneignung von Wissen und dessen „Verwertung“ im tägliche Leben des Einzelnen verstanden.

Kinder bilden sich in der Schule, Jugendliche auf Hochschulen und Universitäten, Erwachsene während ihrer beruflichen Tätigkeit oder auch während ihres erzwungenen Untätigseins. Was machen Rentner? Sie besuchen Akademien, lesen Zeitung oder verreisen, um andere Eindrücke zu gewinnen.

Oder führen Gespräche, da sie dazu jetzt viel mehr Zeit als vorher haben.

In all diesen Zeiten, ob man es wahrnimmt oder nicht, bildet sich der Mensch weiter. Das versetzt ihn in die Lage, eine Meinung zu diesen oder jenen Vorgängen, Ereignissen oder Prozessen zu entwickeln und zu artikulieren. Der sehr unterschiedliche Grad und Inhalt des individuellen Bildungsstandes bringt es logischerweise mit sich, dass Meinungen nicht nur äußerst weit auseinander liegen, sondern dass sie auch mehr oder weniger inadäquat zum Sachgegenstand sind. Wer das für sich erkennt und diesen Zustand verändern will, wird versuchen, sich mehr Informationen zu verschaffen, und, das ist eigentlich das Wichtigste, sie unter einem von ihm selbst gesetzten Maßstab zu bewerten.

In der heutigen Informationsgesellschaft baden wir förmlich in Informationen. Der eingeschaltete Fernseher berieselt den Zuschauer 24 Stunden am Tag, das Internet ist eine unerschöpfliche Quelle, Zeitschriften gibt es zu Haufen und schließlich wird in Büchern so ziemlich alles publiziert.

Es gibt nur zwei Lösungsmöglichkeiten:

entweder man macht Augen und Ohren zu und schottet sich ab – so in der Art der Nichtwähler, oder man versucht auszuwählen und sich für ein Thema oder einen Aspekt zu entscheiden und diesen in die Tiefe zu verfolgen. Denn: was Lieschen Müller bewegt, kommt von der unmittelbaren Oberfläche und sie wird nie hinter die Zusammenhänge steigen. In einer Gesellschaft, die nur Kommerz kennt, wird diese Oberfläche manipulierbar und die Folgen lenkbar.

Und hier beginnt die politische Verantwortung derer, die es besser wissen und wissen wollen:

sich selbst bilden um andere zu bilden, um aufzuzeigen, wer aus welchen Gründen die Zusammenhänge unvollständig oder falsch darstellt, was man wie tun kann, um die Dinge wieder auf die Füße zu stellen. Darum sind das Gespräch, der Gedankenaustausch, das Zuhören und das Lesen von ausschlaggebender Bedeutung.

Sollten nicht Versammlungen, die ursächlich ja einem „organisatorischen“ Zweck dienen, mehr für solche Dialoge genutzt werden? Wobei eben Dialog bedeutet, dass der im Präsidium Sitzende der Moderator und nicht der Redner ist!

Sollten Bücher, für den Einzelnen relativ teuer, nicht über eine Ausleihprozess erreichbar werden?

Könnten nicht Gespräche zu einem Thema in sich wiederholender Folge den Gedankenaustausch und Wissenserwerb fördern?

Sollten nicht Kapazitäten anderer Einrichtungen, z.B. der Rosa-Luxemburg-Stiftung, nutzbar gemacht werden?

Es gibt der Möglichkeiten viele.

Die Arbeitsgruppe „Bildung“ des Ortsvorstandes hat ein weites Feld der Organisation solcher Aktivitäten vor sich. Ihre Tätigkeit kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn dieser Dialog, von dem ich sprach, auch tatsächlich stattfindet.

Nun ist es soweit:

Am 20. Oktober 2006 wird die erste Bildungsveranstaltung unserer Ortsorganisation für Genossen und Sympathisanten stattfinden. Der Zeitpunkt ist gerade so gewählt, um die Ergebnisse der in Berlin und MV durchgeführten Wahlen betrachten zu können und davon ausgehend sich intensiver mit der nicht neuen Frage zu beschäftigen:

Kann eine linke Partei in Regierungsverantwortung eine Gesellschaft verändern oder macht sie die kapitalistische Gesellschaft nur etwas menschenfreundlicher? Kann der Umbau einer kapitalistischen Gesellschaft durch linke Bündnisse überhaupt erreicht werden? Lassen sich strategische Entwicklungsziele für eine linke Partei aus der Analyse der jüngeren und älteren Geschichte ableiten?

Dieses Themenfeld wurde im Februar dieses Jahres in einem von der Rosa-Luxemburg-Stiftung durchgeführten Forum wissenschaftlich, aber eben nicht abstrakt diskutiert. Der dahinter stehende Leitgedanke, dem wir uns voll anschließen sollten, ist, dass es notwendig ist, offene Räume für gemeinsame Lernprozesse innerhalb der Partei, ihrer historischen Verbündeten aber auch zwischen den Parteien zu fördern und sie zu reflektieren, um aktuelle Bündnispolitik und Strategien gegen neoliberale Politik zu befördern und alternative Projekte zu verstehen.

Frau Cornelia Hildebrandt, Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Bereich Politikanalyse hat sich freundlicherweise bereit erklärt, zu diesem Thema die Moderation zu übernehmen.

Moderation setzt aber voraus, dass die Anwesenden sich mit regem Interesse und aktiv an der Diskussion beteiligen, damit gerade der zitierte gewünschte Lernprozess entsteht, der dann das Plus ergibt, das jeder nach Hause tragen und vermehren kann.

Informationen zur Vorbereitung auf das Thema kann man der Broschüre „10 Fragen an die Linkspartei“ entnehmen (wird zur nächsten Mitgliederversammlung als Literatur angeboten). Das Oktoberheft von „Im Gespräch“ wird gezielte Fragen und Anregungen zum Thema anbieten.

Als weitere Themen für Bildungsveranstaltungen schlägt die Arbeitsgruppe vor:

- *Wohin treibt die Wirtschaft der BRD?*
- *Wie steht es um die historische Mission der Arbeiterklasse in der gegenwärtigen neoliberalen Entwicklungsphase des Kapitalismus?*
- *Was kennzeichnet die Beziehungen zwischen der BRD und der USA unter den Bedingungen der großen Koalition der Merkel-Regierung?*
- *Der Sozialismus des 21. Jahrhun derts. Bedingungen – Eigenarten – Fortschritte – Ausblicke.*
- *Über Eigentumsverhältnisse und Eigentumspolitik.*
- *Wie könnte eine alternative Gesellschaft aussehen.*

Wie bereits informiert, schlägt die Arbeitsgruppe Bildungsveranstaltungen vor, alle zwei Monate eine Bildungsveranstaltung zu organisieren – insgesamt etwa 4 im Jahr – und für die Moderation sachkundige Experten aus Wissenschaft und Praxis zu gewinnen.

Wir erwarten von Euch weiterhin Vorschläge und Gedanken, zum Beispiel neue oder andere Themen betreffend, den besten Zeitpunkt der Bildungsveranstaltungen herauszufinden oder bei der Gewinnung kompetenter Gesprächspartner (auch eure eigene Bereitschaft betreffend) mitzuwirken!